

Presse-Information

51. DAV-Wirtschaftsforum

Berlin, 7. Mai 2014

Politischer Lagebericht

Fritz Becker

Vorsitzender

Deutscher Apothekerverband e.V.

Frei zur Veröffentlichung ab Beginn der Veranstaltung.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Wirtschaftsforum hat inzwischen eine lange Tradition – es bietet seit bereits mehr als einem halben Jahrhundert die Möglichkeit zur Information über wirtschaftliche und politische Fragestellungen und zum Austausch über branchenrelevante Themen. Und wie es gute Tradition ist, werde ich Ihnen unsere Positionen zur aktuellen Gesundheits- und Arzneimittelpolitik vorstellen.

Lange Zeit musste ich Ihnen von dieser Stelle schlechte Nachrichten mitteilen. Dies hat sich endlich wieder geändert. Erstmals kann ich für 2013 einen leicht positiven Trend in der wirtschaftlichen Entwicklung vermelden. Isoliert betrachtet erscheint die Lage weniger bedrohlich zu sein als noch vor einem Jahr. Aber man muss auch den Kontext sehen:

eine gefühlte Ewigkeit von fast neun Jahren ohne Anpassung der Apothekenentgeltung bei gleichzeitig deutlichem Anstieg der Kosten durch allgemeine Preissteigerungen, zusätzliche Auflagen, aber eben auch Investitionen in Mitarbeiter und Ausstattung. Und wenn man dann noch die zusätzlichen Belastungen durch AMNOG und Co. hinzuzählt, dann bleibt nur das klare Fazit, dass wir Apotheker weiterhin Nachholbedarf haben, dass wir zu lange von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt waren, und dass noch viel politische Arbeit vor uns liegt.

Sie alle haben sicher mit großem Unbehagen die Nachrichten über die anhaltend hohe Anzahl von Apotheken-Schließungen verfolgt. Der Trend setzt sich fort, selbst wenn sich das Tempo insgesamt etwas verlangsamt hat. Uns allen ist noch die Meldung aus Hessen präsent: in den letzten 30 Jahren waren dort noch nie so wenige Kolleginnen und Kollegen selbständig wie in 2013. Es ist traurig, dass weiterhin so viele Kolleginnen und Kollegen keine Möglichkeit mehr sehen, ihre Arbeit fortzusetzen oder keinen Nachfolger finden. Seine eigene Apotheke endgültig schließen zu müssen, ist sicherlich keine leicht zu treffende Entscheidung und ist auch in aller Regel mit einer schlechteren Versorgung der Patienten verbunden.

Das alles bestärkt uns als DAV darin, unsere - mehr als - gerechtfertigten Forderungen in aller Deutlichkeit an die Politik heranzutragen. Nach der Bundestagswahl im letzten Herbst mit der anschließenden Bildung einer ‚Großen Koalition‘ hat sich die Gesundheitspolitik in Parlament und Ministerium inzwischen personell neu aufgestellt. Wir kennen damit jetzt unsere Ansprechpartner, denen wir unsere Vorstellungen überzeugt vorbringen. Die Notwendigkeit einer regelmäßigen Anpassung der Entgeltung betonen wir in unseren Gesprächen immer wieder. Steigerungen des Entgelts sind bei anderen Leistungserbringern eine Selbstverständlichkeit, die auch uns Apothekern nicht verwehrt werden darf. Eine Erhöhung der Entgeltung 2015 ist nicht nur angemessen, sondern absolut essentiell, soll der Beitrag der Apotheker zu einer funktionierenden und flächendeckenden Arzneimittel-Versorgung auch langfristig gesichert werden.

Sie werden mir zustimmen, über die Nachricht einer erstmaligen Erhöhung unserer Vergütung zum 1. Januar 2013 konnten wir uns nicht ohne Vorbehalte freuen, obwohl sie natürlich positive Wirkungen entfaltet hat. Ein schaler Beigeschmack blieb nicht nur aufgrund ihres begrenzten Ausmaßes. Nein, dieser wurde noch verstärkt durch die von Wirtschafts- und Gesundheitsministerium angewandte Rechenmethodik, die zwar alle Kostensteigerungen erfasst, diesen aber jegliche Ertragssteigerung der Apotheken gegenrechnet. In der jetzigen Ausgestaltung läuft diese Rechenmethodik somit auf eine dauerhafte Deckelung unseres Ertrages hinaus. Sie ist damit leistungsfeindlich, denn jede Mehrvergütung wird uns in der jetzigen Methodik bei der nächsten Anpassungsrunde wieder abgezogen. Eine solche Rechenmethodik darf keinen Bestand haben und ist für uns nicht akzeptabel!

Doch nicht nur die Rechenmethodik bereitet uns Kopfzerbrechen. Es gibt noch weitere Felder, in denen die Leistungen der Apotheker nicht angemessen honoriert werden. Ich denke hier zum Beispiel an die Herstellung und Abgabe von Rezeptur Arzneimitteln. Hier – wie auch bei der Abgabe von dokumentationspflichtigen Arzneimitteln – sind wir deutlich unterbezahlt und auch hier muss die Politik endlich handeln! Dabei geht es uns nicht darum, dass wir Gemeinwohlpflichten abschütteln oder negieren wollen. Aber die Belastung muss in einem akzeptablen Ausmaß bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ein aktuelles Thema für uns ist die Zytostatika-Ausschreibung der AOK Hessen. Genauer gesagt, die seit Februar erfolgenden Null-Retaxationen bei Belieferung und Abrechnung durch Apotheken, die nicht zu den Losgewinnern gehören. Es ist für uns unakzeptabel, wenn die AOK Hessen diesen Apotheken die Lieferberechtigung abspricht. Damit stellt diese Krankenkasse ein wesentliches Fundament unseres gesamten Systems in Frage: das Recht des Patienten zur freien Wahl der ihn versorgenden öffentlichen Apotheke. Wir halten das Vorgehen der AOK Hessen für widerrechtlich und leiten in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Apothekerverband, da die AOK Hessen trotz ihrer Eigenschaft als Körperschaft öffentlichen Rechtes sich einem vom hessischen Sozialministerium moderierten Gespräch verweigert, rechtliche Schritte ein.

Allerdings haben wir selber ein Mittel in der Hand, den Anreiz zu dieser Art von Ausschreibung deutlich zu reduzieren. Auch wenn es die betroffenen zytostatikaherstellenden Kolleginnen und Kollegen, die zweifelsohne höchstwertige Arbeit abliefern, schmerzt: die Hilfstaxe muss so angepasst werden, dass die Krankenkassen keine Vorteile darin sehen, Ausschreibungen vorzunehmen. Ohne Frage profitiert die GKV bereits seit 2010 in Verbindung mit dem sog. „zweitgünstigsten Preis“ von einer standardisierten Weitergabe der Einkaufsvorteile der Apotheken über einen gemeinsam vereinbarten Rabattsatz. Da sollte eine angemessene Neubestimmung dieses Rabattes der Weg sein, mit dem beide Seiten leben können und der schlimmeres Ungemach verhindern kann. Aber auch der anderweitig von uns beschrittene Weg, eine angemessene Honorierung für unsere Leistungen mit fairer Bepreisung der Stoffe zu kombinieren, ist weiterhin zielführend. Und er verhindert, dass ein Großteil der Zyto-Apotheker flächendeckend aus dem Geschäft gedrängt wird.

Mit Sorge betrachten wir auch die eher schwerfällige Reaktion der Politik auf das brisante Thema der Lieferengpässe. Dieses Thema ist nicht erst seit diesem Jahr aktuell, in den Krankenhausapotheken sind Lieferengpässe in so wichtigen Bereichen wie der Onkologie schon seit Jahren anzutreffen. Zwar sind solche

Lieferengpässe – Gott sei Dank – immer noch eine Ausnahme. Dennoch: selbst selten auftretende Lieferschwierigkeiten sind in unserem Land und insbesondere dann, wenn es sich um therapie-entscheidende Arzneimittel handelt, absolut inakzeptabel. Und inzwischen erreicht das Problem auch in zunehmendem Maße die Offizin-Apotheke. Eine Veränderung der Situation zum Positiven ist wahrlich nicht zu erkennen – und doch ist bislang wenig passiert, das Thema wird von der Politik und den Krankenkassen nicht ernst genug genommen. Man vermeidet eine grundsätzliche Analyse von Ursache und Wirkung. Nur Dank der aufopferungsvollen Auswahlkreativität von uns Apothekern wird eine einigermaßen sinnvolle Arzneimittelversorgung gewährleistet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Lassen Sie mich auch einen Blick auf die Zusammenarbeit in der Selbstverwaltung im vergangenen Jahr werfen. Wir haben gemeinsam mit dem GKV-Spitzenverband einen guten Kompromiss zum GKV-Abschlag etabliert, mit dem beide Seiten leben können. Die Einigung zum Apothekenabschlag gibt uns Planungssicherheit für die kommenden Jahre und ermöglicht es, Rückstellungen aufzulösen. Aber unser Blick muss natürlich auch schon über den gefundenen Kompromiss hinausgehen. Entsprechend dieser Einigung werden DAV und GKV-Spitzenverband gemeinsam auf den Gesetzgeber zugehen und ihn zu einer Änderung des § 130 SGB V auffordern. Einer Änderung, die Streitereien zwischen DAV und GKV-SV in diesem Punkte überflüssig werden lassen wird und die uns für unsere Apotheken ein Stück Planungssicherheit geben wird.

Der DAV steht zu einer starken Rolle der Selbstverwaltung und bemüht sich stets um eine konstruktive Zusammenarbeit. Das gilt selbstverständlich auch nach wie vor für die Verhandlungen zur Substitutionsausschussliste. Da hat es uns schon sehr verwundert, dass der GKV-Spitzenverband an dieser Stelle eine Festlegung durch den G-BA bevorzugt und mit seinen Vorstellungen in der Politik reüssiert hat. Dies ist uns unverständlich; wir sehen weiterhin den Weg der Erstellung einer Liste durch Experten, die von den Partnern der Selbstverwaltung bestimmt werden, als den richtigen an. Die Apotheker und ihre pharmazeutische Kompetenz können in einer

derart wichtigen Angelegenheit nicht außen vor gelassen werden – auch und gerade jetzt bei der Auswahl durch den G-BA.

Genauso unverständlich ist es mir, dass der GKV-SV und die ihn tragenden Mitglieder seit mehr als zwei Jahren in Verhandlungen mit dem DAV nicht bereit sind, Formulierungen im Rahmenvertrag zu akzeptieren, die den Apotheken einen Schutz vor ungerechtfertigten Retaxationen „auf Null“ bieten sowie Heilungsmöglichkeiten vorsehen. Wo bleibt hier das Bewusstsein für die besondere Rolle der Selbstverwaltung, wenn Krankenkassenverbände eine gesetzlich vorgesehene Vertragslösung auf Bundesebene hintertreiben? Zwistigkeiten zwischen den handelnden Parteien auf Seiten der gesetzlichen Krankenversicherung scheint man auch auf dem Rücken der Apotheken austragen zu wollen. Was mit dem GKV-SV nicht erreichbar scheint, werden wir nun mit einzelnen Krankenkassenverbänden und großen Krankenkassen umsetzen müssen. Dafür sehe ich zur Zeit deutlich bessere Chancen, als auf der Bundesebene mit dem GKV-SV zu einem sinnvollen Ergebnis zu kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich möchte diese Gelegenheit auch noch einmal zu der Klarstellung nutzen, dass wir die Entscheidung des Bundessozialgerichtes von Anfang Juli 2013 zum Musterstreitverfahren als absolut einseitig zu unseren Lasten ansehen. Wir haben es nicht einfach so hingenommen, dass das BSG Vollabsetzungen bei der Abgabe eines nicht rabattbegünstigten Arzneimittels bei bestehendem Rabattvertrag für rechtmäßig erklärt. Dieses Urteil lässt die Tatsache einer pharmazeutisch einwandfreien Versorgung des Patienten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Apotheke völlig außer Acht. Wir haben daher im letzten Dezember beschlossen, hiergegen rechtlich vorzugehen und unterstützen als DAV betroffene Apotheker bei ihrem Gang vor das Bundesverfassungsgericht.

Kostendämpfungsinstrumente müssen angemessen eingesetzt werden. Hierzu gehört auch, die gewählten Instrument immer wieder mit Blick auf ihre Sinnhaftigkeit zu hinterfragen. Ein Beispiel: Für immer mehr innovative Arzneimittel gibt es inzwischen Erstattungsbeträge und Rabattverträge, die Krankenkassen mit

Originalanbietern abschließen. Daher gehört die Importförderklausel im § 129 SGB V mit ihrem kaum mehr überschaubaren Erfüllungsaufwand der Apotheken bei gleichzeitig geringen Einsparungen der Krankenkassen abgeschafft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Lassen Sie uns nicht nur über ärgerliche Punkte sprechen - es gibt durchaus auch erbauliche Themen für uns Apotheker. Zum einen ist es sehr erfreulich, dass es dem DAV in Zusammenarbeit mit den LAVs und der ABDATA gelungen ist, das Serviceangebot deutlich zu erweitern. Das neu entwickelte Online-Vertrags-Portal soll zum 1. Juli dieses Jahres starten, später werden weitere Ausbaustufen folgen. Uns als Nutzern werden dann über diese webbasierte Plattform verschiedene Dienste zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe des Online-Vertrags-Portals erhält die Apotheke erstmals einen vollständigen elektronischen Überblick über ihre Vertragsbeitritte, aber auch über alle weiteren Verträge, die sowohl der DAV wie auch die Landesapothekerverbände mit Krankenkassen abgeschlossen haben, und denen sie jederzeit beitreten kann. Ziel ist es, dass künftig alle Apotheken, die Mitglied in einem LAV sind, Produkte vertragssicher abgeben können. Zudem ermöglicht das Portal über eine Schnittstelle die problemlose Verknüpfung mit der Warenwirtschaft, so dass noch während des Patientengesprächs konkrete Aussagen zur tatsächlichen Abgabefähigkeit getroffen werden können. Sicher allesamt Neuerungen, von denen wir alle profitieren. Sie werden dabei helfen, einen Überblick insbesondere im Bereich der Hilfsmittelversorgung zu erhalten. Diese Innovation exklusiv für Verbandsmitglieder trägt der bekannten Anforderung Rechnung, eine Verbandsmitgliedschaft müsse täglich Freude bereiten.

Auch der Blick auf das Konzept des Nacht- und Notdienstfonds zeigt, dass neue Ansätze möglich und durchsetzbar sind. Die Fonds-Infrastruktur wurde binnen kurzer Zeit entwickelt und schlank und effizient gestaltet. Natürlich gab es zu Beginn einige wenige Kinderkrankheiten aus dem Weg zu räumen, doch nach nur wenigen Monaten läuft der Fonds stabil und ruhig, so wie es sein soll. Wir haben ein belastbares Fundament geschaffen und der Fonds als eigenständige Behörde wird nun den weiteren Übergang in den „Routinebetrieb“ sicherlich bewerkstelligen. Ich möchte aber an dieser Stelle nochmals betonen, dass die Nacht- und

Notdienstpauschale kein Geschäftsmodell für die Apotheken ist: Der Fonds liefert lediglich einen Zuschuss zur Erfüllung unserer Gemeinwohlverpflichtung, der wir gerne nachkommen.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass das von der Politik zugesagte Volumen von 120 Millionen Euro zur Unterstützung der notdienstleistenden Apotheken beim geltenden Satz von 16 Cent nicht erreicht wird. Nachbesserungen in Form eines höheren Nacht- und Notdienstzuschlages sind unabdingbar. Wir setzen hierbei auf die entsprechenden Zusagen aus der Politik bei der damaligen Festlegung des Zuschlagsatzes.

An dieser Stelle erlaube ich mir einen Dank an alle, die an der schnellen und doch nachhaltigen Errichtung des Fonds in Apothekerhand mitgewirkt haben. Es ist gut und entspricht unserem Selbstverständnis, dass dieser Fonds unter der Fach- und Rechtsaufsicht des BMG steht, aber letztlich von der Apothekerschaft als eigenständig tätige Behörde betrieben wird. Und es passt zu einer sinnvollen Arbeitsteilung der Apothekerorganisationen, dass die Kammern nach Versorgungskriterien über die Einteilung zum Notdienst entscheiden, und die Verbände die finanzielle Unterstützung durch den Nacht- und Notdienstfonds organisieren.

Auch im Selbstmedikationsmarkt können wir einen stabilen bis leicht positiven Trend vermelden, der uns natürlich freut. Doch gerade aus dieser positiven Entwicklung heraus müssen wir uns in unserem eigenen Interesse als Offizin-Apotheke weiterhin intensiv engagieren. Diesen Trend gilt es zu stabilisieren und weiter auszubauen. Die Apothekenpflicht gibt es zu Recht, und sie eröffnet uns weiterhin die Chance, uns als Heilberufler zu profilieren und unseren Wert zu untermauern. Hier können wir durch das Einbringen unserer pharmazeutischen Kompetenz und durch gute Beratung noch viel ungenutztes Potenzial erschließen.

Loben möchte ich die seit Jahren konstant gute Zusammenarbeit mit den Verbänden der pharmazeutischen Industrie und dem Phagro. Dies galt im vergangenen Jahr insbesondere bei den aktuellen Themen securPharm und Erstattungsbetrag. Natürlich ist es in dieser Hinsicht sehr bedauerlich, dass die Politik nicht zu ihren

Aussagen steht und plötzlich ihr ursprüngliches Verständnis des Begriffs „Erstattungsbetrag“ geändert hat. Plötzlich war von einer notwendigen „Begriffsklärung“ die Rede, was wir absolut nicht nachvollziehen können. Für uns stellt die Regelung des Erstattungsbetrags durch das 14. SGB V-Änderungsgesetz eine Gesetzesänderung dar, für die es keinen Anlass gab. Sie bedeutet für Apotheker und pharmazeutischen Großhandel eine deutliche finanzielle Mehrbelastung, die sich schmerzhaft bemerkbar machen wird.

Sollte die Mehrbelastung von der Politik nicht gewünscht gewesen sein – so die Aussagen – dann bedarf sie schnellstmöglich eines finanziellen Ausgleichs.

Aus Thüringen und Sachsen haben uns hingegen gute Neuigkeiten zum ABDA/KBV-Modell erreicht, ARMIN – Arzneimittelinitiative in Thüringen und Sachsen geht an den Start. Dies bedeutet einen klaren Fortschritt hinsichtlich einer gestärkten Rolle des Apothekers in der Patientenbetreuung und im Medikationsmanagement. Wie Sie wissen, ist das Projekt zum April 2014 in seine erste Umsetzungsphase eingetreten und wir alle dürfen gespannt sein, wie sich die vertraglichen Regelungen in der Praxis darstellen. Sicher liegt eine Phase eines intensiven Lernprozesses vor den Beteiligten, der vielleicht nicht immer einfach sein wird. Doch nur an Herausforderungen kann man wachsen, und von den gemachten Erfahrungen können wir alle lernen und auf längere Sicht profitieren.

Ich bedanke mich bei allen in Bund und Ländern, die in intensiver gemeinsamer Arbeit dafür gesorgt haben, dass ARMIN nun startet. Übrigens: Auch hier wird sich zeigen, dass sich Verbandsmitgliedschaft lohnt, denn das Modell mit seinen Möglichkeiten zur pharmazeutischen Profilierung und seinen finanziellen Anreizen ist selbstverständlich verbandsexklusiv.

Doch wir werden uns selbstverständlich nicht zurücklehnen und den Erfolg von ARMIN beobachten. Wir wollen gestalten, und das auch in Form des Abschlusses anderer Versorgungsverträge mit gesetzlichen Krankenkassen. Und auch im Bereich der Versorgung privat Krankenversicherter wollen wir gestalten – zum Wohle der Versicherten, aber auch des eigenen Berufsstandes. Dazu benötigen wir auch bei Privatverordnungen das Recht zur generischen Substitution durch den Apotheker. Es

gibt dann interessante Vertragsmöglichkeiten, von denen Patienten und Krankenversicherung sowie Apotheke gleichermaßen profitieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Im Sinne der Patienten gilt es ebenso, die heilberufliche Rolle der öffentlichen Apotheke aktiv zu gestalten, um auch in Zukunft eine Schlüsselrolle in der Gesundheitsversorgung übernehmen zu können. Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedsorganisationen des Deutschen Apothekerverbandes und der Bundesapothekerkammer haben sich natürlich intensiv am Gestaltungsprozess für das „Leitbild zur Weiterentwicklung der öffentlichen Apotheke in Deutschland“ beteiligt. Und selbstverständlich begrüße ich die aktive Teilnahme vieler Kolleginnen und Kollegen an der weiteren Fertigstellung des Leitbilds. Denn was wir auf dem Deutschen Apothekertag im Herbst beschließen, wird unser Kompass für die Zukunft sein.

Eine Brücke vom Heute ins Morgen schlägt auch unsere in diesen Tagen beginnende Imagekampagne: Möglicherweise haben Sie schon bei Ihrer Abreise aus der Heimat oder Ihrer Anreise hier in Berlin einige Motive gesehen? An der Kampagne beteiligen sich nicht nur tausende Apotheken, sondern wir werben damit auch an vielen öffentlichen Plätzen in ganz Deutschland für unser breites Leistungsspektrum. Unsere Kampagne zeigt - oft mit einem Augenzwinkern - den Bürgern echte Apotheker mit teils überraschenden Service-Angeboten. Auch hier an unserem Veranstaltungsort ist die Kampagne präsent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Das Programm des diesjährigen Wirtschaftsforums trägt nicht nur aktuellen Entwicklungen und Themen Rechnung, sondern soll dazu einladen, sich auch und in besonderem Maße mit zukünftigen Herausforderungen an unsere Gesellschaft auseinanderzusetzen. In diesem Zusammenhang möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei unseren Referenten für ihr Kommen bedanken. Durch ihre Beiträge werden wir mit den verschiedensten Perspektiven konfrontiert, die das

Wirtschaftsforum erst zu der lebendigen Austauschplattform machen, die wir alle zu schätzen wissen.

Häufig hört man heute in der öffentlichen Diskussion die Kritik, Werte verlören in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung und unser Handeln sei mehr und mehr durch materielles und ökonomisches Denken geprägt. Genau mit diesen Aspekten wird sich unser Ehrengast, der Theologe und Bürgerrechtler Dr. Friedrich Schorlemmer, in seinen Ausführungen beschäftigen. Er wird uns so sicher Impulse zu einer nachhaltigen und kritischen Auseinandersetzung mit diesem Thema geben, das gerade im Gesundheitssektor von immenser Bedeutung ist.

Neben der Frage, durch welche Werte wir uns in unserem Denken und Handeln zukünftig leiten lassen, stellt sich für die Gesundheitsversorgung der kommenden Jahrzehnte auch die ganz zentrale Frage nach dem richtigen Umgang mit dem voranschreitenden demografischen Wandel. Gesundheitsökonom Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen wird dies aus Sicht der gesetzlichen Krankenversicherung darstellen. Sicherlich ebenso langfristig wird uns die Frage nach dem richtigen Preis eines innovativen Arzneimittels beschäftigen. Dr. Manfred Zipperer wird uns einen spannenden Einblick in die Praxis der Arbeit der Schiedsstelle nach § 130 b SGB V geben, die angerufen wird, wenn sich GKV-Spitzenverband und Hersteller nach der frühen Nutzenbewertung im Rahmen des AMNOG nicht auf einen Erstattungsbetrag einigen können.

Aber auch ganz praktische Aspekte den Arbeitsalltag in der Apotheke betreffend werden uns beschäftigen. Staatssekretär und Beauftragter für Pflege- und Patientenrechte Karl-Josef Laumann wird uns Antworten auf die Frage geben, was aus Sicht der Politik eine gute Apotheke im Hinblick auf Patienteninformation und -beratung leisten kann und leisten sollte. Prof. Dr. Uwe May wird sich mit der pharmazeutischen und ökonomischen Rolle von OTC-Produkten in der Apotheke auseinandersetzen.

Der Bericht zur wirtschaftlichen Lage der Apotheken wird in diesem Jahr von Herrn Geschäftsführer Resch und dem Leiter der Abteilung Wirtschaft und Soziales, Herrn Dr. Bauer, vorgetragen. Erstmals wurden hierfür Auswertungen des ABDA-

Datenpanels herangezogen – eine interessante Neuerung, die uns einen Blick auf die betriebswirtschaftliche Lage der durchschnittlichen Apotheke erlaubt. Durch das Programm führt Sie unser (noch) neuer Leiter der Stabsstelle Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Herr Dr. Reiner Kern, über dessen Start bei der ABDA am 1. April 2014 ich mich sehr gefreut habe und dem ich bei dieser Gelegenheit gerne noch einmal eine gute Hand und viel Erfolg wünsche.

Unsere Diskussionsrunde mit Gesundheitspolitikern der Bundestags-Fraktionen soll dazu dienen, die gesundheitspolitische Agenda der neuen Bundesregierung zu beleuchten. Es wird spannend sein, den Austausch der Positionen im Rahmen der neuen Konstellationen zu verfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

Ohne Frage liegt in den kommenden zwei Tagen ein vielfältiges Themenspektrum vor uns und ich bin mir sicher, wir alle werden unseren Horizont in die eine oder andere Richtung erweitern. Ich freue mich, dass Sie alle dabei sind und begrüße Sie nochmals ganz herzlich zu unserem diesjährigen Wirtschaftsforum. Ich wünsche Ihnen gute Begegnungen, bereichernde Gespräche und viele neue Erkenntnisse.